



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 115. Ratssitzung vom 13. November 2024

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2024/316 und 2024/505

3924. 2024/316

Weisung vom 26.06.2024: Sozialdepartement, Stiftung Domicil, Beiträge 2025–2028

Antrag des Stadtrats

1. Für den Betrieb wird der Stiftung Domicil für die Jahre 2025–2028 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 781 600.– bewilligt.
2. Der Beitrag von Fr. 781 600.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2024/316 und 2024/505

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1 / Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2:

Hannah Locher (SP): Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, für die Stiftung Domicil einen jährlichen leistungsabhängigen Beitrag in der Höhe von 781 600 Franken für die Jahre 2025 bis 2028 zu bewilligen. Der Beitrag liegt 1400 Franken unter der bisherigen Förderung in der Höhe von 783 000 Franken pro Jahr. Die Stiftung Domicil unterstützt sozio-ökonomisch benachteiligte Wohnungssuchende. Das sind Working Poor, Menschen, die Zusatzleistungen zur AHV- oder IV-Rente beziehen, Klient*innen der Sozialen Dienste und der Asylorganisation Zürich (AOZ). Die Stadt unterstützt die Stiftung aber nur bei Leistungen an Personen, die keine Sozialhilfe durch die Sozialen Dienste beziehen und nicht der AOZ angehängt sind. Die zentralen Angebote der Stiftung umfassen mehrere Bereiche: Sie unterstützt Klient*innen bei der Wohnungssuche. Das beginnt bereits bei der Begleitung während der Bewerbungsprozesse. Sie übernimmt oft auch die Solidarhaftung, um Vermietenden Sicherheit zu bieten. Nach Vertragsabschluss hilft Domicil dabei, Kautionen und Versicherungen zu organisieren und stattet den Mieter*innen nach einem Jahr einen Kontrollbesuch ab, um Probleme frühzeitig zu erkennen und die Selbstständigkeit der Mieterinnen zu fördern. Dadurch erleichtert Domicil die Integration und schafft stabile Mietverhältnisse. Ein weiteres Angebot ist die langfristige Begleitung von Mietverhältnissen. Die Stiftung Domicil betreut Mieterinnen, die aufgrund von Mehrfachbelastungen intensivere Unterstützung benötigen, um ein



stabiles Mietverhältnis zu entwickeln. Gleichzeitig wird das Ziel einer Überführung in die Selbstständigkeit verfolgt. Die Solidarhaftung durch Domicil entfällt, sobald die Mieterinnen eigenständig einen Vertrag führen können. Pro Jahr sollen bis zu 80 Mietverhältnisse in die Selbstständigkeit überführt werden. Zum Angebot der Schwankungsausgleichung der Solidarhaftung: Die Stiftung übernimmt je nach Situation die Solidarhaftung im Mietvertrag, um sozio-ökonomisch benachteiligten Haushalten den Zugang zum Wohnungsmarkt zu ermöglichen und das finanzielle Risiko für die Vermieterschaft abzusichern. Diese Unterstützung ist ein starkes Argument in der Verhandlung mit Vermietenden und verschafft Domicil eine einzigartige Position. Bei Problemen können Mietende und Vermietende direkt Kontakt aufnehmen. So kann Domicil risikoreiche Fälle gezielt angehen und Lösungen finden. Die angespannte Situation auf dem Zürcher Wohnungsmarkt erschwert die Arbeit der Stiftung erheblich. Domicil muss mehr Ressourcen in die Wohnraumbeschaffung investieren, um den wachsenden Unterstützungsbedarf der Klient*innen abdecken zu können. Diese Akquise-Tätigkeit braucht zusätzliche personelle und finanzielle Mittel. In der Kommission gab besonders die Zugänglichkeit der Angebote zu reden. Die Öffnungs- respektive Anmeldezeiten sind sehr begrenzt. Es kam die Frage auf, wer denn tatsächlich Zugang zu diesen Angeboten habe. Zudem sind die Gebühren, die bei den Mieterinnen anfallen, sehr hoch. Bei einer erfolgreichen Vermittlung einer Wohnung muss das 1,5-fache der Wohnungsmiete als Vermittlungsgebühr an die Stiftung bezahlt werden. Die Stiftung führte aus, dass mit Ratenzahlungen und Fondsanträgen beim Sozialdepartement Hand geboten werde. Daneben gab die Rolle der Stiftung bei mietrechtlichen Schritten zu reden. Deshalb liegt nun auch ein Antrag der AL vor. Die Mehrheit der Kommission beantragt die Zustimmung zur Weisung. Zur Position der SP: Wir alle wissen, dass das Angebot an preiswerten Wohnungen in Zürich mehr als knapp ist. Die Mietpreise entwickeln sich weiter nach oben. Der Bedarf an Wohnungsvermittlungen für sozial und wirtschaftlich Benachteiligte bleibt hoch und nimmt zu. Die Stiftung Domicil versucht, in diesem Bereich einen Beitrag zu leisten, um die Wohnungsnot für genau diese Zielgruppe zu mildern. Der Beitrag, den die Stadt an die Stiftung leistet, unterstützt gezielt die Wohnungssuche jener, die oft an den hohen Mietkosten oder Anforderungen der Vermieter scheitern. Die SP ist der Meinung, dass dieses Angebot ein Gegengewicht zur fortlaufenden Verdrängung sozial Schwächerer geben kann. Doch auch wenn die Stiftung und die Stadt intensive Anstrengungen unternehmen, bleibt die Verfügbarkeit von günstigem Wohnraum sehr gering. Der Vermittlungserfolg kann also trotz aller Bemühungen nur begrenzt ausfallen. Man darf sich keine allzu grossen Hoffnungen machen. Das führt mich zur Dringlichkeit von zusätzlichen Massnahmen. Für die SP ist es zentral, dass die Stadt weiterhin alles Mögliche ausschöpft, um einkommensschwachen Haushalten bei der Wohnungssuche zu helfen. Gleichzeitig muss sie neue Ansätze prüfen; dies als Hinweis auf das Begleitpostulat, das wir nachher behandeln.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1:

Moritz Bögli (AL): Eigentlich würde man meinen, dass das, was unser Änderungsantrag verlangt, selbstverständlich ist. Das scheint leider nicht der Fall zu sein. Wir haben



von verschiedenen Fällen gehört, bei denen die Stiftung in ihrer Rolle als Solidarhafterin die Unterschrift für mietrechtliche Schritte verweigerte. Das geht nicht. Alle Menschen, die von dieser Stiftung unterstützt werden, sollen jegliche mietrechtlichen Schritte unternehmen können – unabhängig davon, was die Stiftung findet. Deshalb wollen wir dem Stadtrat mit dem Dispositivantrag den Auftrag geben, dies in den Kontraktverhandlungen so festzuschreiben, damit das zukünftig nicht mehr vorkommt.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2:

Michele Romagnolo (SVP): Es gibt in Zürich mehrere Stiftungen und Vereine, die dasselbe anbieten. Wieso müssen Steuerzahler rund 782 000 Franken bezahlen für etwas, das bereits existiert? Wir sind dafür, dass jenen Personen, die es nötig haben, geholfen wird, um eine Unterkunft zu finden. Wir sind aber dagegen, dass die Stiftung Domicil als Solidarbürgschaft und sogar als Hauptmieterin Wohnungen mietet und jenen Personengruppen untervermietet. Wir haben dabei ein mulmiges Gefühl. Wir wollten in der Kommission wissen, wie viele Mietzinszahlungen die Stiftung aus der Solidarhaftung erbringen musste, wie viele Wohnungen von der Stiftung angemietet wurden, wie viele Klienten den Mietzins nicht bezahlt haben und was mit diesen Klienten passierte. Dazu konnte uns niemand plausibel Auskunft geben. In der Stadt Zürich wird alles unterstützt, wenn der Name Verein oder Stiftung darin vorkommt. Ich gründe jetzt auch einen Männerverein und stelle einen Antrag auf Subventionen – das würde sicher unterstützt.

Moritz Bögli (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3895/2024): Dass es in der Stadt Zürich schwierig ist, eine Wohnung zu finden, bestreitet niemand. Für Working Poor ist das Problem umso dringlicher. Entsprechend ist die Grundidee der Stiftung unterstützenswert und zu begrüßen. Die Beratung in der Kommission zeigte, dass die Stiftung langsam an ihre Grenzen stösst. Sie ist überlastet, kann nicht alle Bezugsberechtigten unterstützen und die Zugänglichkeit ist nicht befriedigend. Man kann sich momentan am Freitag über Mittag anmelden. Das ist für viele Working Poor nicht so einfach möglich. Zudem sind die hohen Beiträge von 1,5 Monatsmieten, die man der Stiftung für ihre Dienste zukommen lassen muss, für viele Klient*innen nicht bezahlbar. Das Postulat versucht, in diesem Bereich Abhilfe zu schaffen. Wir möchten, dass der Stadtrat prüft, wie er den Grundsatz der Stiftung aufgreifen und ein eigenes Angebot schaffen kann, das Menschen mit Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt unterstützt. Wir hoffen, dass so sichergestellt werden kann, dass alle bezugsberechtigten Menschen auch effektiv Zugang zu einem solchen Angebot erhalten. Das ist momentan mit der Stiftung nicht wirklich gegeben. Zudem wollen wir die unverhältnismässig hohen Kosten senken. Das Postulat ist nicht als komplettes Misstrauensvotum gegenüber der Stiftung zu verstehen. Aber wir glauben, dass die Stadt einen Mehrwert liefern könnte.

Martina Verbali (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Der Vorstoss schwächt die Stiftung Domicil, statt ihre wichtige und gute Arbeit zu stärken. Domicil unterstützt bereits viele Menschen, die es auf dem Wohnungsmarkt schwer haben. Die Stiftung ist etabliert und macht ihre Arbeit seit Jahren



sehr gut. Domicil haftet solidarisch für Mieten einkommensschwacher Menschen und sie findet flexible Lösungen, falls Leute die Kautions von 1,5 Monatsmieten nicht bezahlen können. Ein paralleles Angebot durch die Stadt Zürich ist nicht nötig. Die Stadt sollte die Stiftung – wenn schon – gezielt bei Problemen unterstützen, anstatt ein Parallelangebot zu schaffen. Deshalb lehnen wir das Postulat und den Textänderungsantrag der SP ab.

Weitere Wortmeldungen:

Patrick Tscherrig (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag zum Postulat 2024/505: *Die SP begrüsst das Begleitpostulat, weil die Situation von sozial benachteiligten und einkommensschwachen Menschen auf dem Zürcher Wohnungsmarkt prekär ist. Es enthält gute Ideen, wie die Bürgerschaft für Mietkautions oder Darlehen für Anteilsscheine von Genossenschaften. Dabei handelt es sich nicht um Parallelstrukturen zur Stiftung Domicil, sondern um eine sinnvolle Ergänzung. Den Konflikt sehen wir bei der Solidarhaftung. Deshalb bezieht sich unser Textänderungsantrag auf eine Streichung der Erwähnung der Solidarhaftung. Um eine Solidarhaftung einzugehen, braucht es eine saubere Überprüfung des Dossiers. Das ist eine aufwendige Arbeit, die die Stiftung Domicil sehr gut macht. Deshalb soll dies auch bei ihr belassen werden und nicht auf die Stadt ausgeweitet werden. Die Textänderung lautet: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Stadt sozial benachteiligte und einkommensschwache Menschen, welche auf dem privaten Wohnungssektor keine oder kaum eine Chance haben, bei der Wohnungssuche unterstützen kann.» Auf die Erwähnung der Solidarhaftung verzichten wir.*

Ronny Siev (GLP): *Wer in Zürich eine Wohnung sucht, hat es sehr schwer. Es gibt sehr wenige freie Wohnungen und es gibt sehr wenige Wohnungen, die für kleinere Einkommen bezahlbar sind. Das Angebot der Stiftung Domicil umfasst die Wohnungsvermittlung, Begleitung der Mietverhältnisse und Überführung in die Selbstständigkeit. Bei einigen auch eine Solidarhaftung. 60 Prozent der Klienten sind Working Poor, 40 Prozent sind Menschen mit Zusatzleistungen zur AHV oder Menschen, die bei den Sozialen Diensten der Stadt angemeldet sind. Dafür werden jährlich 781 600 Franken veranschlagt. Die GLP unterstützt diese Finanzierung. Wir halten das Angebot für sehr sinnvoll. Den Textänderungsantrag der AL lehnen wir ab. Domicil hat uns in der Kommission versichert, dass sie keine mietrechtlichen Schritte verhindert. Das Begleitpostulat der AL und der Grünen, das durch eine Textänderung der SP ergänzt wurde, fordert ein zusätzliches Sozialwerk, das dieselben Ziele verfolgt wie Domicil. Die GLP ist gegen Doppelspurigkeiten und gegen eine aufgeblähte Verwaltung.*

Karin Stepinski (Die Mitte): *Auch die Fraktion Die Mitte/EVP ist überzeugt von der hervorragenden Arbeit, die die Stiftung Domicil leistet. Wir unterstützen die Weisung. Den Textänderungsantrag der AL lehnen wir ab. Die Stiftung sagte in der Kommission deutlich, dass sie keine mietrechtlichen Schritte verhindere, die zielführend seien. Sie würden allenfalls zivilrechtliche Schritte verhindern, wenn diese aussichtslos wären. Ich bin selber Vermieterin von Alterswohnungen im unteren Preissegment in der Stadt Zürich. Ich machte auch schon Erfahrungen, dass es Mieterinnen und Mieter gibt, die mit völlig*



absurden Ideen vor ein Mietgericht gehen wollen. Ich unterstütze die Stiftung, wenn sie diesen Mieterinnen und Mietern keine Hand bietet, um vor ein Gericht zu gehen, das wir alle finanzieren. Beim Begleitpostulat schliesse ich mich meinem Vorredner an. Die Fraktion Die Mitte/EVP findet es nicht zielführend, zusätzliche Strukturen zu schaffen.

Samuel Balsiger (SVP): *Wir haben gehört, dass die Stiftung Domicil ein Gegengewicht zur Verdrängung schaffe und hervorragende Arbeit leiste. Das ist eine Selbstbeweihräucherung der Mehrheit im Gemeinderat. Es hat mit der Welt da draussen nichts zu tun. In einem Zeitungsartikel des Tages-Anzeigers heisst es beispielsweise: «Mieten in der Stadt Zürich steigen so stark wie noch nie in diesem Jahrhundert.» Die Wohnungen auf dem Markt haben sich seit der Jahrtausendwende um 43 Prozent verteuert. Das ist die Realität in dieser Stadt. Es bringt nichts, wenn ein paar wenige Glückliche an die Hand genommen werden und ihnen geholfen wird, eine Wohnung zu finden oder ihnen auf Steuerkosten eine städtische Wohnung vermittelt wird. Mir ist bewusst, dass wir im Gemeinderat keine Bundespolitik machen. Aber es wäre wichtig, dass wir nicht über Sympombekämpfung, sondern über die Ursachen sprechen. Es ist eine Tatsache, dass die Mieten durch die Decke gehen, seit die Personenfreizügigkeit eingeführt wurde. Dieses Parlament sollte die Realität anerkennen, anstatt zu betonen, wie gut die eigene Arbeit sei. In der Realität funktioniert es nicht, wenn wir 1,5 Millionen Menschen innerhalb von 20 Jahren ins Land lassen. Wir müssen das Problem auf Bundesebene lösen, indem wir die Grenzen regulieren. Dann gibt es auch günstige Mieten in der Stadt Zürich.*

Yves Henz (Grüne) *ist mit der Textänderung zum Postulat 2024/505 einverstanden: Samuel Balsiger (SVP) hat gute Stichworte genannt: Ursachen benennen, anschauen, was in der Realität passiert. Was in der Realität passiert, ist, dass die Mieten nicht steigen, sondern erhöht werden. Wir leben in einem von Immobilienkonzernen dominierten, kapitalistischen Wohnungsmarkt mit den Problemen, die das mit sich bringt. Diese strukturellen Probleme müssen wir in der Stadt angehen. Und sie müssen auch auf kantonaler und nationaler Ebene angegangen werden. Dass die Mieten in der Stadt Zürich steigen, ist das Versagen der bürgerlichen Politik auf nationaler und kantonaler Ebene. Die Stiftung Domicil leistet mit ihren begrenzten Ressourcen auf diesem schwierigen Wohnungsmarkt hervorragende Arbeit. Die Stiftung geniesst das volle Vertrauen der Grünen-Fraktion. Trotzdem – oder auch weil das Angebot so wichtig und gut ist – müssen wir es ausweiten und allen Menschen, die es brauchen, zugänglich machen. Deshalb haben wir das Begleitpostulat eingereicht. Dass die SP nur einen Teil – nämlich die Bürgschaften – mitträgt, ist schade und bedenklich. Trotzdem werden wir die Textänderung annehmen, da GLP, Die Mitte und FDP die dringend notwendige Ausweitung des Angebots leider nicht unterstützen. Sie haben offensichtlich die Textänderung und das Postulat nicht verstanden. Wenn die Textänderung angenommen wird, gibt es keine Paralleltät der Angebote. Seid ehrlich und sagt, dass ihr die neuen Angebote nicht wollt.*

Albert Leiser (FDP): *Wenn Sie die Geschichte der Stiftung Domicil verfolgen, wurde sie von der Privatwirtschaft ins Leben gerufen; nämlich vom Verband der Schweizer Immobilienhändler, vom Hauseigentümerverband, von Genossenschaften und so weiter.*



Es handelt sich nicht um einen linken Stiftungsbereich, Samuel Balsiger (SVP). Domicil macht zusammen mit den privaten Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern einen super Job. Mir ist es ein wichtiges Anliegen, dass Wohnungen frühzeitig an die Stiftung Domicil vermittelt werden, bevor sie online ausgeschrieben werden. Wenn man die Stiftungsrätinnen und Stiftungsräte anschaut, vertreten diese genau diese Gebiete. Domicil und die Wirtschaft hatten damals den Willen, dies weiterzuführen. Wenn man eine Wohnung vermietet, will der Hauseigentümer eine gewisse Sicherheit. Aus diesem Grund gibt es die Mietkautionen. Das bedeutet aber nicht, dass Domicil bei Problemen alleine gelassen wird, sondern man ist ständig miteinander im Gespräch. Die FDP ist klar der Meinung, dass das Postulat nicht zum Ziel führt. Domicil wird damit nicht unterstützt, sondern es wird eine Doppelorganisation aufgebaut. Stärken Sie Domicil, die privaten Hauseigentümer machen das auch. Die Wohnungen sind nicht so horrend teuer, sondern moderat. In diesem Bereich muss die Stiftung weiter unterstützt werden. Sollte sie wegen der Depots finanzielle Nöte haben, muss man situativ Lösungen suchen.

Patrick Tscherrig (SP): *Ich wurde vorher auf dem falschen Fuss erwischt, deshalb habe ich vergessen zu sagen, dass ich Mitglied des Stiftungsrats der Stiftung Domicil bin. Da ich aber nicht zeichnungsberechtigt bin, darf ich abstimmen. Ich gehe kurz auf den Textänderungsantrag der AL ein. Moritz Bögli (AL) hat es richtig gesagt: Es handelt sich um eine Selbstverständlichkeit. Wenn man aber eine Selbstverständlichkeit so prominent erwähnt, ist das kaum anders als ein Misstrauensvotum zu verstehen. Es suggeriert, die Stiftung verhindere mietrechtliche Schritte. Das ist wirklich nicht der Fall und ein Misstrauen, das Domicil nicht verdient. Die SP lehnt die Textänderung daher ab.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Ich möchte mich dem Dank für die Arbeit der Stiftung anschliessen. Wichtig ist auch, was Albert Leiser (FDP) betonte: Die Stiftung Domicil hat aufgrund ihrer Verankerung gewisse Zugänge, die für staatliche oder andere Akteure sehr schwierig zu erschliessen sind. Man muss schauen, wo man punktuell der Meinung ist, dass die Stiftung gewisse Entscheide anders fällen könnte. Da sind wir gerne bereit, die Situation bei konkreten Fällen miteinander zu verbessern. Im Postulat werden verschiedene Massnahmen aufgeführt, die der Stadtrat allenfalls prüfen soll. Wir sind grundsätzlich gerne bereit, weitere Massnahmen im Bereich der Unterstützung – vor allem von Menschen mit kleineren finanziellen Möglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt – anzuschauen. Für uns ist das Postulat – ob mit oder ohne Textänderung – aber kein Auftrag dafür, welche Organisation das umsetzen soll. Es geht um einen Ausbau, also die Fragestellung, wo es allenfalls zusätzliche Leistungen geben soll. Ob die Stiftung Domicil bei gewissen Leistungen stärker einbezogen werden oder ihr Angebot ausbauen kann, werden wir selbstverständlich prüfen. Die Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen, ist kein Misstrauensvotum von Seite des Stadtrats gegenüber der Stiftung Domicil.*



7 / 9

Persönliche Erklärungen:

Michael Schmid (FDP) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Patrick Tscherrig (SP) und den geltenden Bestimmungen im Zusammenhang mit der Ausstandsregelung.

Patrick Tscherrig (SP) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Michael Schmid (FDP).

Florian Utz (SP) hält eine persönliche Erklärung zu den vorhergehenden Voten.

Urs Riklin (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zu den vorhergehenden Voten.

3924. 2024/316

Weisung vom 26.06.2024:

Sozialdepartement, Stiftung Domicil, Beiträge 2025–2028

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit SK SD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

1. ~~Für den Betrieb wird~~ Unter dem Vorbehalt, dass mietrechtliche Schritte der Klientinnen und Klienten nicht verhindert werden, wird für den Betrieb der Stiftung Domicil für die Jahre 2025–2028 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 781 600.– bewilligt.

Mehrheit: Referat: Hannah Locher (SP); Patrik Brunner (FDP), Präsidium; Ruedi Schneider (SP), Vizepräsidium; Samuel Balsiger (SVP), Fanny de Weck (SP), Yves Henz (Grüne), Michele Romagnolo (SVP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Ronny Siev (GLP), Karin Stepinski (Die Mitte), Marcel Tobler (SP), Marita Verbali (FDP)

Minderheit: Referat: Moritz Bögli (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.



8 / 9

Mehrheit: Referat: Hannah Locher (SP); Patrik Brunner (FDP), Präsidium; Ruedi Schneider (SP), Vizepräsidium; Moritz Bögli (AL), Fanny de Weck (SP), Yves Henz (Grüne), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Ronny Siev (GLP), Karin Stepinski (Die Mitte), Marcel Tobler (SP), Marita Verballi (FDP)

Minderheit: Referat: Michele Romagnolo (SVP); Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für den Betrieb wird der Stiftung Domicil für die Jahre 2025–2028 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 781 600.– bewilligt.
2. Der Beitrag von Fr. 781 600.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 20. November 2024 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 20. Januar 2025)

3925. 2024/505

Postulat von Moritz Bögli (AL), Yves Henz (Grüne) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 06.11.2024:

Unterstützung von sozial benachteiligten und einkommensschwachen Menschen bei der Wohnungssuche

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/316, Beschluss-Nr. 3924/2024

Moritz Bögli (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3895/2024).

Marita Verballi (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Patrick Tscherrig (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Stadt für sozial benachteiligte und einkommensschwache Menschen, welche auf dem privaten Wohnungssektor keine oder kaum eine Chance haben, ~~als Solidarhafterin fungieren und sie~~ bei der Wohnungssuche unterstützen kann. Zudem soll geprüft werden, wie die



9 / 9

Stadt für diese Zielgruppe Bürgschaften für Mietkautionen übernehmen und zinslose Darlehen für Wohnungsgenossenschaftsanteilscheine vergeben kann. Für die genannten Leistungen soll eine geringe einkommensabhängige Gebühr anfallen.

Yves Henz (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 61 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat